[illegible] auf Grund eines [illegible] zu [illegible]. [illegible] wurden mehrere [illegible] festgenommen.
[illegible] erhielt bei der Wahl zur Landesversammlung [illegible] die von den Franzosen unterstützten [illegible] eine schwere Niederlage.
[illegible] der russischen [illegible]. Bei dem [illegible] in Berlin, wurden Papiere gefunden, die, wie der „Abend" meldet, den Schluß zulassen, daß er ein Agent der russischen Sowjets war.

Der Streik in Bitterfeld beigelegt. Auf der Grube Leopold bei Bitterfeld haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die technische Nothilfe hat daher ihre Mitglieder zurückgezogen. Die Angestellten und Arbeiter der Kleinbahn in der Altmark, deren Betrieb bisher von der technischen Nothilfe aufrechterhalten wurde, haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Spar-Prämienanleihe. Am 27. d. Mts. fand im Reichsfinanzministerium eine zahlreich besuchte Versammlung zur Gründung eines Ausschusses zur Förderung der Deutschen Spar-Prämienanleihe statt. Reichsfinanzminister Erzberger begrüßte die Erschienenen mit einer Ansprache. Zum Vorsitzenden wurde Herr von Mendelssohn gewählt. Er verlas einen Aufruf, der allgemeine Billigung fand und mit einer Reihe von Unterschriften demnächst veröffentlicht werden soll.

Zur Vernehmung des Grafen Bernstorff. Die Haagsche Post bemerkt zu der Vernehmung des Grafen Bernstorff, daß die deutschen Untersuchungsmethoden einen durchaus vertrauenswürdigen Eindruck machten und ernstes Streben nach Wahrheit zeigten. Die ganze Wahrheit könne aber erst dann zutage treten, wenn auch andere Archive erschlossen würden, doch scheine man dazu in den Ententeländern keine rechte Lust zu haben. Handelsblad meint, daß die Aufschließung der deutschen Geheimarchive volle Klarheit nur dann bringen könne, wenn auch die Geheimschränke anderer Auswärtiger Aemter aufgetan würden.

Der Etat des Reichswehrministeriums. Der Haushaltausschuß der Nationalversammlung bewilligte den Etat des Reichswehrministeriums und nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen den demokratischen Antrag an, das Beköstigungsgeld und den Ersatzbetrag der Unterbringung angemessen zu erhöhen, sowie zu prüfen, ob die Gebührnisse der Heeresangehörigen den Teuerungsverhältnissen entsprechen und sie gegebenenfalls zu erhöhen, die Verpflegung zu verbessern, der Reichswehr gute Bekleidung zur Verfügung zu stellen, soweit das noch nicht geschehen konnte, den aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr freizuhalten und festzusetzen, welche Stellen dem Staat und den Gemeinden für Angehörige der Reichswehr nach ihrer Dienstzeit offenstehen.

Ein Verfahren wegen Aufruhr gegen Eisenbahner. Die Anklagebehörde in Frankfurt a. M. hat gegen die Führer des wilden Eisenbahnerstreiks vom Sommer in Frankfurt a. M. das Verfahren wegen Aufruhrs eingeleitet.

Eine Anfrage über den früheren Kaiser im englischen Unterhaus. „Telegraaf" meldet aus London: In der vorgestrigen Unterhaussitzung wurde gefragt, welche Vorkehrungen jetzt in Holland zur Ueberwachung des früheren Deutschen Kaisers und des Kronprinzen getroffen worden seien. Harmsworth antwortete: Die britische Regierung wisse zwar nicht genau, welches die Maßnahmen der holländischen Regierung seien. Sie habe aber keinen Grund zu zweifeln, daß alle notwendigen Maßregeln getroffen worden seien. Auf eine andere Frage an das Auswärtige Amt, ob dieses von den ständigen Telefongesprächen des Kaisers mit Deutschland wisse, antwortete Harmsworth, daß der englischen Regierung darüber nichts bekannt sei.

Eine Erklärung des früheren Kriegsministers Scheuch. In einer Zuschrift an die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erklärt der frühere Kriegsminister Scheuch, daß er den Vorsitz im deutschen Offiziersbund niederlege, um diesen nicht mit in die Kämpfe hineinzuziehen, die er mit General Ludendorff wegen einer Stelle in dessen Buch „Meine Kriegserinnerungen" führen müsse. Ludendorff schreibt darin mit Bezug auf eine Besprechung, die am 25. Oktober 1918 beim Vizekanzler v. Payer stattfand: Auch der Kriegsminister war zugegen, der sich im Reichstag und innerhalb der Regierung nicht vor den Kaiser und das Heer gestellt hatte; andernfalls hätte er sein Amt niederlegen müssen. Generalleutnant Scheuch betrachtet diesen Satz als eine schwere Beleidigung und erklärt, daß er gezwungen sei, sich mit seiner Rechtfertigung an die Oeffentlichkeit zu wenden, da seine bisherigen Schritte bei Ludendorff, um eine Genugtuung dafür zu erhalten, vergebens gewesen seien.

Heimschaffung der Kriegsgefangenen aus England. Die englische Regierung hat durch ihre Waffenstillstandskommission mitteilen lassen, daß die Heimschaffung der in englischer Gewalt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in nächster Zeit restlos durchgeführt werde. Vor allem wird dem Wunsch der deutschen Regierung entsprechend die Entlassung der in den Abstimmungsgebieten Beheimateten mit größtmöglichster Beschleunigung betrieben. — Aus Hamburg wird gemeldet: Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England geht jetzt flott vonstatten. Die Beförderung mit den von der deutschen Regierung für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Schiffen geht so schnell, daß die Engländer nicht in der Lage sind, auf den in den englischen Häfen ankommenden Schiffen sofort die Gefangenen einzuschiffen. Es mußte deshalb das eine oder andere Schiff ein paar Tage untätig liegen. Es sind daher von England Vorkehrungen getroffen, die Gefangenen möglichst auf dem kürzesten Wege nach Deutschland zurückzubringen und zwar über Dover—Calais nach Köln. Der Transport über diese Linie läuft bereits. Auf dem Wasserwege sind noch zu befördern: Von Hull 2380 Offiziere und 9905 Mannschaften, von Newcastle 1150 Offiziere und 10948 Mannschaften. Von London werden keine Gefangenen mit Schiffen direkt nach der Heimat gebracht. Sie werden auf der neuen Linie in die Heimat gesandt. Die Zahl der auf diesem Wege zurückkehrenden Gefangenen ist nicht genau bekannt, sie wird auf 12000 geschätzt.

Republik Oesterreich.

Die vormaligen Erzherzöge Franz Salvator, Hubert Salvator, Joseph Ferdinand und Heinrich Ferdinand, ferner die vormaligen Erzherzoginnen Margarethe, Agnes und Germana, endlich die ehemalige Erzherzogin Alice von Toskana haben die im Gesetz vom 3. 4. 1919 betreffend Landesverweisung und Uebernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen vorgesehene Erklärung abgegeben, auf die Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr erwachsenen Herrschaftsansprüche ausdrücklich verzichtet und sich als getreue Staatsbürger der Republik bekannt. Die Staatsregierung hat die Erklärung als ausreichend befunden. Daher erstreckt sich die gesetzliche Landesverweisung nicht auf die genannten Erzherzöge und Erzherzoginnen.

Ungarn.

Ein geplanter Raub der Stefanskrone. Ein gestern verhafteter amerikanischer Staatsbürger Alexander Battik hat beim Verhör erklärt, daß Bela Khun ihn damit betrauen wollte, die Stefanskrone und die Krönungsreliquien nach Amerika zu schaffen und dort für Golddollars zu verkaufen.

Tschechoslowakei.

Feier des Jahrestages der Republik. Gestern fand die Feier des Jahrestages der Proklamierung der Tschechoslowakischen Republik unter ungeheurer Beteiligung der [illegible] statt. Die Feier [illegible] in einer [illegible] der [illegible] hatten, daß heute vor einem Jahr in diesem Saale die ersten Beschlüsse des Nationalausschusses gefaßt worden waren.

Schweiz.

Nach dem [illegible] Ergebnis der Nationalratswahlen steigt die Zahl der sozialdemokratischen Mandate auf etwa 45 anstatt der bisherigen 18. Die Katholiken [illegible] ihren bisherigen Bestand. Die neue Bauernpartei zählt bis jetzt 30 Gewählte. Die stärkste Partei des 189 Mitglieder zählenden Rates bleibt die freisinnig-demokratische Partei. — Die Neue Züricher Zeitung sagt, daß die hochgespannten Erwartungen der Sozialdemokraten nicht in Erfüllung gegangen sind. Journal de Genève erklärt, trotz des Anwachsens auf 45 Mandate wird die sozialdemokratische Linke nur ¼ oder ⅕ des neuen Rates betragen. Die demokratische Züricher Post schreibt: Es besteht also vorläufig noch keine Gefahr, daß die sozialdemokratischen Bäume in den Himmel wachsen. Gazette de Lausanne freut sich über den festen Block, den der Kanton Waadt gegenüber der sozialistischen Linken bildete, während in der ganzen übrigen Schweiz, namentlich in Genf, der sozialistische Vorstoß gelungen sei. Der linkssozialistische Basler Vorwärts schreibt: Unsere Position ist unzweifelhaft gesichert. Wir haben standgehalten und wir marschieren vorwärts. Die liberalen Basler Nachrichten stellen die zeitgeschichtliche Notwendigkeit der politischen Neuorientierung fest.

Italien.

Der Wahlkampf hat in Italien mit aller Schärfe eingesetzt. Es ist in verschiedenen Städten schon zu Ruhestörungen gekommen, die zumeist auf das Konto spartakistischer und bolschewistischer Elemente zu setzen sind.

Frankreich.

Clemenceau und Delcassee lehnen Kandidaturen ab. In Beantwortung des Anerbietens des republikanischen Bundes eines elsässischen Wahlbezirkes an Clemenceau erklärte dieser, sein Entschluß, jegliches Mandat abzulehnen, sei unwiderruflich. Auch Delcassee hält dem „Temps" zufolge seinen Entschluß aufrecht, kein Mandat für die Kammer anzunehmen.

Rußland.

Französische Kundgebung gegen die Blockierung Rußlands. Unter dieser Stichmarke brachten wir gestern eine Meldung, in deren 5. Zeile es richtig heißen muß: Romain Rolland.

Eine heftige Feldschlacht bei Petersburg. Aus Helsingfors vom 26. gemeldet: An der Front wütet nördlich Krasnoje Selo von Zarskoje Selo und Schora bis nach Lisino 5 Meilen südlich Tosno eine heftige Feldschlacht. Lisino wurde von den Weißen Truppen genommen. Judenitsch hat am meisten unter dem Mangel an Transportmitteln zu leiden.

Japans Truppen in Sibirien. „New York Herald" meldet aus Omsk, Japan sei bereit, seine Truppen aus Sibirien zurückzuziehen, wenn es von Rußland dazu aufgefordert werde.

England.

Die Verstaatlichung der Bergwerke. Der „Nieuwe Rotterd. Courr." meldet aus London, daß die Bergarbeiter beschlossen haben, das Ziel der Verstaatlichung der Bergwerke ohne direkte Aktion auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen.

Enttäuschungen im Finanzwesen. „Telegraaf" meldet aus London: Der Schatzkanzler hat ein Weißbuch veröffentlicht, aus dem hervorgeht, daß das Finanzjahr mit einem Fehlbetrage von 473 anstatt der erwarteten 250 Millionen Pfd. abschließen wird. Der neue Heeresetat beläuft sich auf 405, nicht auf 287 Millionen Pfd., wie ursprünglich beabsichtigt war. Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler, daß der Eisenbahnerstreik dem englischen Staate ungefähr zehn Millionen Pfd. gekostet habe. — Den Kern der Verhandlungen im Unterhause am Mittwoch über die finanzielle Lage des Landes wird der Antrag Sir Donald Macleans bilden, den die Regierung zur Stellung der Vertrauensfrage benutzen wird. In diesem Antrage wird die Regierung aufgefordert, dem Hause Vorschläge zur Erzielung praktisch durchgreifender Einschränkungen der Ausgaben für das laufende Jahr vorzulegen. Die Regierung wird hierauf folgenden Antrag stellen: Das Haus, das die ernsten Wirkungen der enormen, vom Kriege herrührenden Lasten auf den Handel und die Industrie der Nation einsieht, verspricht der Regierung, bei allen vernünftigen Vorschlägen zur Einschränkung der Ausgaben und zur Verminderung der Schuldenlast seine kräftige Unterstützung.

Angenommene Regierungsvorlage. „Telegraaf" meldet aus London, daß das Unterhaus den Zusatzantrag, worin den französischen Lotsen das Recht, französische Schiffe in englische Häfen zu führen, gewährt sei, angenommen hat.

Amerika.

Die Senatsdebatte über den Friedensvertrag. Die „Times" meldet aus Washington, daß zum erstenmal seit Beginn der Senatsdebatte ernstlich von der Möglichkeit gesprochen wird, daß Amerika weder ratifizieren noch dem Völkerbunde beitreten wird. Der demokratische Senator Reed hat einen neuen Vorbehalt vorgeschlagen des Inhalts, daß Amerika sich das Recht vorbehalte, selbst zu bestimmen, welche Fragen seine inneren und seine Lebensinteressen beeinträchtigen. „Newyork World" bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Kriege rechtfertigen will. Die Freunde Wilsons wollen lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als eine derartige Abänderung annehmen. Der Korrespondent glaubt, daß der Kampf um den Völkerbund jetzt ernstlich beginnt. — Der Abänderungsantrag des Senators Johnson zum Friedensvertrag, der für die Vereinigten Staaten im Rate des Völkerbundes dieselbe Stimmenzahl verlangt wie die des Britischen Reiches, wurde vom Senat mit 40 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Die Ratifizierung durch Uruguay. „Telegraaf" zufolge meldet „Times" aus Montevideo, daß der Präsident der Republik Uruguay am 26. ds. Mts. den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet und ein Dekret erlassen hat, durch das die politischen und kommerziellen Beziehungen zu Deutschland wieder hergestellt werden.

Amerika vor einem industriellen Chaos. Das Pressebüro Radio meldet, das amerikanische Kabinett habe einstimmig beschlossen, eine neue industrielle Konferenz einzuberufen. Sie wird aus etwa 15 der hervorragendsten Amerikaner bestehen. — Der Washingtoner Korrespondent der „Times" schreibt: Nach den Blättern zu urteilen, steht Amerika vor einem industriellen Chaos. Infolge des Mißglückens der industriellen Konferenz wird Gompers jetzt auf die Seite der Extremisten getrieben. Auch die Aussichten auf Errichtung einer politischen Arbeiterpartei sind dadurch gestiegen. — Der „Nieuwe Courr." meldet aus Washington, daß der Farmerbund den Arbeitern seine Unterstützung angeboten habe. Die Regierung begründet ihren Schutz der Gemeinschaft gegen gebrochene Kontrakte damit, daß die Bergarbeiter während des Krieges einen Dauervertrag mit der Regierung eingingen, der bis April 1920 bindend ist. — Senator Thomas hat eine Vorlage eingebracht, die den Präsidenten ermächtigt, im Falle eines Ausstandes Truppen zur Aufrechterhaltung der Bergwerks- und Eisenbahnbetriebe zu verwenden. Die Vorlage wurde an den Heeresausschuß verwiesen.

Das Alkoholverbot. Präsident Wilson hat gegen die Gesetzesvorlage zur Erzwingung der Durchführung des Alkoholverbotes sein Veto eingelegt. Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage trotzdem angenommen.

Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Senator Poindexter teilte mit, daß er als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen aufgestellt werde.

Mexiko.

Ermordung amerikanischer Flieger. Das Reutersche Bureau meldet aus San Diego in Kalifornien: Amtlich wird mitgeteilt, daß zwei amerikanische Flieger, die seit dem 21. August vermißt werden, von mexikanischen Soldaten, die sie in ihrem Flugzeug auf dem Wasser treibend fanden, auf grausame Weise ermordet worden seien. — Aus Washington wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ein Ultimatum an Mexiko gerichtet habe, worin die Befreiung des von Banditen entführten amerikanischen Konsularagenten in Puebla Jenkins verlangt wird. Im Senat wurde beantragt, die amerikanischen Truppen zu mobilisieren, um diese Forderung durchzusetzen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 29. Oktober 1919.

—* Lebensmittelverteilung. Vom 31. Oktober ab kommen lt. Bekanntmachung in vorl. Nr. auf Abschnitt 96 der grauen und gelben Nährmittelkarte 1 amerikanische Bohnen, Kartoffelstärkemehl und Kartoffelsuppe, sowie auf Abschnitt 96 der roten und grünen Nährmittelkarte 1 Keks oder Reis zur Verteilung.

—* Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Wie uns mitgeteilt wird, ist es den Bemühungen der Stadtverwaltung gelungen, die Wanderausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die das National-Hygiene-Museum Dresden zusammen mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschaffen hat und die bereits in einer ganzen Reihe von Städten mit großem Erfolg gezeigt worden ist, für Riesa zu gewinnen. Voraussichtlich wird die Ausstellung am 9. November in der Turnhalle der Carolaschule in Riesa eröffnet werden. Wir möchten nicht verfehlen, schon heute auf die Wichtigkeit dieser Veranstaltung aufmerksam zu machen und zu regem Besuch derselben aufzufordern.

—* Kirchenkonzert. In dem Kirchenkonzert (s. Inserat) werden diesmal außer klassischen Tonsätzen von den Altmeistern Seb. Bach und Händel auch solche von neueren Komponisten Johannes Brahms, Franz Liszt und Hugo Wolf neben Mendelssohnschen Werken dargeboten. Besonders möchten wir auf den Chor aus dem Brahmsschen Requiem, dem Hohenlied des Todes und der Versöhnung, das für alle Zeiten einen Markstein in der Kunstgeschichte bilden wird, hinweisen. Auch in Anbetracht des Zweckes wäre ein guter Besuch der Veranstaltung zu wünschen.

—* Vor 800 Jahren. Unter dieser Ueberschrift finden unsere Leser in der Beilage vorliegender Nummer eine Veröffentlichung des Herrn Pfarrer Dr. Benz, Weida, die den ersten Anfang der Geschichte unserer Stadt behandelt. Wir machen auf die Abhandlung hiermit besonders aufmerksam.

—* Militär- und Abschiedskonzert. Man schreibt uns: Wie aus dem heutigen Inserat ersichtlich, gibt die hiesige Garnisonkapelle unter der Leitung von Obermusikmeister Himmler ihr letztes Militär- und Abschiedskonzert. Mit dem düsteren, aber stimmungsvollen 1. Satz der unvollendeten H-moll-Sinfonie von Fr. Schubert wird das Konzert eingeleitet. Ein weiteres besonders gut gewähltes Programm aus Werken bedeutender Meister vervollständigt den denkwürdigen Abend. Der Schluß der Darbietungen nimmt noch einmal militärischen Charakter an — denn noch einmal wird er herausgeschmettert auf Heroldstrompeten, der „Brandenburger" und der „Fehrbelliner", Fanfarenmärsche, die man früher so gerne hörte — dann ist's vorbei, ein verklungener Ton, ein historischer Moment. Dem Konzert folgt ein Tänzchen bis 1 Uhr nachts.

—* Familienabend. Man berichtet uns: Der Kreisverein Riesa im V. D. H. zu Leipzig veranstaltete nach einer Pause von mehreren Jahren am Montag einen gut besuchten Familienabend. Der Vorsitzende machte in seiner Begrüßungsansprache zunächst interessante Ausführungen über den Stand des Einheitsverbandes. Fünf der größeren Verbände mit einer Mitgliederzahl von über 350000 haben ihren Zusammenschluß vollzogen und es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die noch fernstehenden Verbände dem Beispiel folgen. Für das dem Ball vorangehende Konzert hatten sich in uneigennützigster Weise Frau Maria Ufer, Herr Horst Krause, sowie der M.-G.-V. „Orpheus" unter der Leitung seines Liedermeisters Herrn Walter Schiefer zur Verfügung gestellt. Die Einzelgesänge und die Darbietungen des Chores bereiteten allen Erschienenen reichen Genuß. Ein heiterer Vortrag beschloß den ersten Teil des Abends und im zweiten ließ der Tanz die Jugend vollauf zu ihrem Rechte kommen.

—* Die Erzeugerhöchstpreise für Herbstgemüse. Durch eine Bekanntmachung vom 16. August 1919 hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst die Erzeugerhöchstpreise für Herbstgemüse fast durchweg um 50 Prozent ermäßigt. Diese Maßnahme rief heftigen Widerspruch aus Erzeugerkreisen hervor; sie war begründet durch die dank der Witterungsverhältnisse des Sommers außergewöhnlich reiche Ernte und die dadurch hervorgerufene Ueberfüllung des Marktes, auf dem das Angebot die Nachfrage übertraf. Die anhaltende Trockenheit des Spätsommers hat eine wesentliche Aenderung der Lage herbeigeführt; die auf den Fortgang der Ernte gesetzten Hoffnungen erwiesen sich wider alles Erwarten als trügerisch. Die Nachfrage ist bereits stärker geworden als das Angebot. Unter diesen Umständen sah sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst gezwungen, die ausgesprochenen Preisherabsetzungen fast durchweg rückgängig zu machen, so daß in der Hauptsache die alten Vertragspreise wieder gelten.

—* Besprechung über Fragen der Hausbrandversorgung. Am 22. Oktober fand im Sitzungssaale der Kreishauptmannschaft Dresden eine Besprechung des Landeskohlenamtes mit den Versorgungsbezirken der Kreishauptmannschaft über Fragen der Hausbrandversorgung statt. Beraten wurde über die Versorgung der kleingewerblichen Betriebe, über die Bildung von Kohlenausschüssen in den einzelnen Versorgungsbezirken, über die Belieferung der Gemeinden mit und ohne Kochgas, über die Zusammenlegung von Bäckereien und anderen Betrieben, über Brennholz und Torfversorgung sowie über den Betrieb von Deputatkohlen.

—* Der sächsische Landeskommandant. Der Reichspräsident hat den Generalmajor Müller, Führer der Reichswehrbrigade 12, zum Landeskommandanten für Sachsen ernannt. Das Geschäftszimmer des Landeskommandanten befindet sich in Dresden-Neustadt Blockhaus bei der Abwicklungsstelle der Abteilung 4 des Ministeriums für Militärwesen. An den Landeskommandanten gerichtete Schriftstücke sind zu adressieren „An den Landeskommandanten" (ohne weitere Namensnennung); sie sind an die genannte Abwicklungsstelle abzugeben oder durch die Post Dresden-N. 6 dahin zu richten.

—* Vom Arbeiterrat Leipzig geht WTB. folgende Notiz zu: Deutsche Kolonisten für Rußland. Die deutsche Presse verbreitet eine gleichnamige Notiz und behauptet, der Arbeiterrat Leipzig verhandle mit der russischen Regierung, um deutsche Arbeiter in Rußland anzusiedeln. Eine Fülle auswanderungslustiger Arbeiter ersuchen den Arbeiterrat um Berücksichtigung. Um weiteren Enttäuschungen vorzubeugen, stellen wir hiermit fest, der Arbeiterrat hat nie Verhandlungen dieser oder ähnlicher Art geführt. Auch ist hier nicht bekannt, daß eine hiesige Stelle Verhandlungen dieser Art geführt hat.

—* Abbau von Brandschiefer in der Mügeln-Oschatzer Gegend. Der Bezirksverband Mügeln hatte das Finanzministerium ersucht, die Frage zu prüfen, ob sich jetzt nicht ein Abbau wie in früheren Zeiten [illegible]